

Atommüll

„Rückholbarkeit und Möglichkeit zur Fehlerkorrektur gewährleisten“

Der Niedersächsische Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz Stefan Wenzel hat die „Notwendigkeit der Rückholbarkeit von Atommüll und langfristige Möglichkeiten zur Fehlerkorrektur“ als entscheidende Lehren aus den Erfahrungen mit der Schachanlage Asse II bezeichnet. Das dafür notwendige technische Wissen müsse sehr langfristig vorgehalten werden, heißt es in einer Erklärung des Ministers vom 8. Februar 2016 anlässlich des Besuchs von Mitgliedern der Endlager-Kommission des Deutschen Bundestages in der Schachanlage. „Auch alle Daten über den Atommüll sollten sorgfältig und zeitnah in einer öffentlich geführten und kontrollierten Datenbank aufbewahrt werden.“ Damit müsse jetzt begonnen werden, meinte Wenzel.

Der Minister forderte zudem klare Definitionen für Rückholbarkeit, Bergbarkeit und langfristige Wiederauffindbarkeit. Derzeit gebe es die Tendenz zu „schwammig gehaltenen Absichtserklärungen“. „Wer die Behälterstabilität auf 500 Jahre begrenzen will, muss auch wissen was danach passiert“, sagte Wenzel.

Die Finanzierung müsse für sehr lange Zeiträume sichergestellt werden. Der Minister forderte zudem, daß die Brennelementesteuer nicht wie geplant, zum Ende des Jahres ausläuft, sondern bis zum Ende der Laufzeit der Reaktoren verlängert wird. Es gebe schon jetzt große Unsicherheit über die Werthaltigkeit der Rückstellungen. Eine Steuersenkung wäre völlig fehl am Platze.

Wenzel erinnerte auch daran, daß die Schachanlage Asse II als „Versuchsendlager“, „Forschungsbergwerk“ und bis in die 1990er Jahre auch als „Entsorgungsvorsorgenachweis“ für laufende Atomkraftwerke geführt wurde. „Tatsächlich jedoch war die Asse aber insbesondere eine billige atomare Müllkippe.“ Obwohl schon zwei benachbarte Bergwerke abgesoffen waren, wurde die Anlage von Politik und Wissenschaft lange als „sicher für alle Zeiten“ deklariert und ein Wassereintrich wurde mit „an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen“. Wenzel: „Bis zuletzt behauptete die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, dass sich Risse im Salz von allein schließen. Aber da floss das Wasser schon mehr als zwei Jahrzehnte und ließ sich bis heute nicht stoppen.“

„Mittlerweile schreibt das Atomgesetz vor, dass vorrangig eine Rückholung der Abfälle zu erfolgen hat. Dabei wird technisch und rechtlich Neuland betreten. Weltweit wird hier erstmalig an einer Rückholung von radioaktiven Abfällen gearbeitet“, sagte Wenzel. ●

Atommüll

Die Rücklagen reichen nicht

Der AKW-Rückbau und die Atommüllentsorgung kosten EU-weit 120 Milliarden Euro mehr, als es Rücklagen gibt

In einem internen EU-Bericht, aus dem Wolfgang Tucek im Wiener WirtschaftsBlatt zitierte und der inzwischen auch anderen Zeitungen vorliegt, wird der verfügbare Betrag für die Stilllegung abgelaufener AKW und die Entsorgung von Atommüll mit „ungefähr 150 Milliarden Euro“ beziffert. Die Kosten für die Stilllegung von AKW und Entsorgung

des radioaktiven Mülls schätzt die EU-Kommission nach einer Befragung der Mitgliedsstaaten aber auf gut 268 Milliarden Euro, die bis 2050 anfallen.

Dabei ist die Finanzierung in den Kernkraftländern höchst unterschiedlich: In Großbritannien gibt es tatsächlich die für den AKW-Abbau und die Müllentsorgung nötigen 63 Milliarden Euro, die in den Niederlanden benötigten 500 Millionen Euro liegen auch fast vor, in Belgien umfasst der Fonds dagegen nur 7,6 der notwendigen 15 Milliarden Euro, in Frankreich gar nur 23 statt 74,1 Milliarden Euro und Spanien hat nur 29 Prozent der erwarteten Gesamtkosten in Höhe von 14,6 Milliarden Euro zurückgestellt. Auch für Deutschland besteht demnach eine Deckungslücke von fast 8 Milliarden Euro. Am größten ist die Deckungslücke in Rumänien, Slowenien und Lettland. Rumänien und Slowenien haben jeweils nur rund 200 Millionen Euro für Entsorgung und Rückbau zurückgestellt, müssen aber 4,2 Milliarden Euro bzw. 4,3 Milliarden Euro bis 2050 finanzieren. Lettland hat 500 Millionen Euro bei 5,3 Milliarden Euro erwarteter Kosten zurückgestellt.

Bis 2025 müßten mehr als 50 der aktuell 131 Reaktoren in der EU heruntergefahren werden, schreiben die EU-Experten. Dabei haben sie schon Laufzeitverlängerungen zahlreicher Meiler berücksichtigt, die zusammen zwischen 45 und 50 Milliarden Euro kosten. Ohne diese müssten bis 2030 rund 90 Prozent des bisherigen Bestands ersetzt werden. Das Problem: Schon jetzt stehen 89 Reaktoren in der EU still, doch nur drei dieser Kraftwerke wurden auch ordnungsgemäß abgebaut.

Das liegt auch daran, daß manche Länder gar nicht vorhaben, ihre alten Meiler rasch abzubauen. Sie lassen die Industriearbeiten in Sperrgebieten

stehen, Tschechien bis zu 50 Jahre, Ungarn bis zu 70 Jahre, Großbritannien mehr als 100 Jahre und Rumänien gar auf unbestimmte Zeit. Weltweit gibt es zudem laut dem EU-Bericht keine einzige endgültige Lagerstätte für den Atommüll. Und offenbar wird es auch künftig kein „sicheres“ Endlager geben. ●

Atommüll

Atom-Finanzkommission will kein Stiftungsmodell

Die Atom-Finanzkommission hat dem von den Energieunternehmen vorgeschlagenen Stiftungsmodell eine Absage erteilt. Stattdessen sollen die Atom-Rückstellungen in einen Fonds überführt werden – allerdings nur teilweise. Jürgen Trittin, Chef der Kommission, gab Mitte Februar 2016 bekannt, daß die Kommission das von den Energiekonzernen vorgeschlagene Stiftungsmodell ablehnt. Trittin erklärte zudem, daß die „Großen Vier“ ihre Rückstellungen nicht in Form von Aktien, sondern in barer Münze in den geplanten Fonds einzahlen sollen. Wie es heißt, soll auf die Lösung zurückgegriffen werden, die die Staatssekretäre Rainer Baake (Wirtschaft) und Jochen Flasbarth (Umwelt) bereits Ende 2014 in Gespräch gebracht hatten: Die Konzerne sollen für den überschaubaren Abbau der Atomkraftwerke direkt verantwortlich bleiben, wofür rund 18 Milliarden Euro Kosten veranschlagt werden. Und die andere Hälfte der Rückstellungen würde auf einen staatlich kontrollierten Fonds übertragen, um die Langzeitkosten zu bezahlen, wie Zwischenlagerung, Suche und Betrieb eines Endlagers. Die Frage stellt sich, ob dafür ein Fondsvermögen von 18 Milliarden Euro ausreicht. Al-